

Wien, Samstag, den 9. Juli 1927.

Eine Aktion der Gemeinde Wien zur Soldatenversorgung. Schon seit Jahren bemüht sich die Organisation der Heeresangehörigen des Bundes, um das Zustandekommen eines Gesetzes, durch das für Wehrmänner, die ihre Dienstzeit vollendet haben, eine Versorgung im öffentlichen Zivildienst erreicht werden soll. Auch im Nationalrat liegen mehrere Gesetzentwürfe zur Beratung. Leider ist es bisher nicht gelungen, ein Gesetz zustande zu bringen. Der "Militärverband für österreichische Heeresangehörige" hat sich vor kurzem an Bürgermeister Seitz mit dem Ersuchen gewendet, die Gemeinde möge angesichts der Schwierigkeiten, die diesem Gesetz entgegenstehen, in ihrem Wirkungskreis selbständig Vorsorge für ausgesiente Wehrmänner treffen. Der Bürgermeister hat Auftrag gegeben, eine solche Vorlage für den Gemeinderat auszuarbeiten. Diese Vorlage wird bereits in der nächsten Woche die gemeinderätlichen Körperschaften beschäftigen. Der Inhalt der vom amtsführenden Stadtrat Speiser ausgearbeiteten Vorlage ist folgender: Die Vorlage bezieht sich auf Wehrmänner, Wehrmannschergen und aus dem Wehrmannsstand hervorgegangene Unteroffiziere, die die sechs- oder neunjährige Präsenzdienstzeit vollbracht haben oder infolge einer feindlichen Einwirkung oder eines Unfalles - bei Fortbestand ihrer Dienstfähigkeit für den Zivildienst - für den Heeresdienst untüchtig geworden sind, sofern sie die von der Heeresverwaltung gebührende Abfertigung erhalten haben. Für die Soldatenanstellungen kommen alle Posten des ständigen Bedarfes in Betracht, mit Ausnahme der Dienstposten der Lehrer und jener Dienstposten, für deren Erlangung volle Hochschulbildung vorgeschrieben ist. Die Bewerbung steht allen Soldaten frei, die den bezüglichen Aufnahmeerfordernissen entsprechen. Es ist zunächst in Aussicht genommen, dreissig vom Hundert aller im Laufe eines Kalenderjahres mit Männern zur gelangenden Dienstposten an Soldaten zu vergeben. Dieser Hundertsatz erhöht sich jedoch, falls das Soldatenversorgungsgesetz beschlossen wird, und dort höhere Hundertsätze für den Bund, für die Bundesbetriebe und für die Unternehmung "Österreichische Bundesbahnen" festgesetzt werden sollten, für die vergleichbaren Gruppen und Kategorien der städtischen Angestellten automatisch. Eine jährliche Abrechnung soll feststellen, ob tatsächlich die diesem Hundertsätzen entsprechende Anzahl von Soldaten angestellt wurde. Ist eine genügende Anzahl geeigneter Bewerber vorhanden, dann muss auch die verhältnismässige Zahl von Soldatenanstellungen erfolgen. Die Angestellten Soldaten werden in dienstrechtlicher Beziehung den gleichartigen städtischen Angestellten vollkommen gleichgestellt.

Die Vorschussaktion der Gemeinde für die städtischen Angestellten. Stadtrat Speiser hat die von ihm wiederholt angekündigte Vorlage über eine Kreditaktion für die städtischen Angestellten fertiggestellt. In Zukunft soll an städtische Angestellte nicht nur allein in Krankheitsfällen, sondern auch in anderen Fällen ein Kredit direkt von der Gemeinde gegeben werden. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien stellt zu diesem Zwecke fünfzig Milliarden Kronen zur Verfügung. Die Gemeinde wird den Angestellten, denen sie aus diesem Kredit Vorschüsse gewährt, genau dieselben sechs Prozent Zinsen anrechnen, die sie selbst an die Zentralsparkasse zahlen muss. Die Gemeinde trägt die Verwaltungskosten und das Risiko für etwaige Verluste und Erhöhungen des Zinssatzes. Im allgemeinen wird der Kredit für etwa drei Monate, rückzahlbar in zwei Jahren, gegeben. Polizzen und Bürgschaften entfallen. Durch diese Vorlage wird einem grossen Kreis von städtischen Angestellten eine bedeutende Erleichterung gewährt, weil heute ein Kredit bei den privaten Vorschussvereinen unter zwanzig Prozent Zinsen nicht zu bekommen ist. Die bisher bestandene "Kreditanstalt der

"Gemeinde Wien für städtische Angestellte" wird aufgelöst und die Gemeinde widmet für die Durchführung der Liquidation dieser Anstalt 585.000 Schilling.

Auch diese Vorlage wird in der nächsten Woche den Gemeinderat beschäftigen, ebenso werden die geänderten Kollektivverträge für die Strassenbahnbediensteten, Gaswerksbediensteten und für die Arbeiter des städtischen Kanalräumungsbetriebes vorgelegt.

Die Gartenflächen vor dem Westbahnhof in das Parkschutzgebiet einbezogen. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat nach einem Bericht des Gemeinderates Heilmann beschlossen, die Gartenflächen vor dem Westbahnhof in Fünfhaus in das Wiener Parkschutzgebiet einzubeziehen. Die Anträge werden bereits in der nächsten Sitzung des Gemeinderates beraten werden.

Heute Strandfest am Gänsehüfel. Das grosse Strandfest im städtischen Strandbad Gänsehüfel beginnt heute Sonntag 10 Uhr vormittags. Militärkonzert, Tanzvorführungen der Tanzgruppe Grete Gross, Vorträge des populären Flügelhornkünstlers Professor Dr. Sostaric, grosse Strandmodenschau, (Zwieback, Körntnerstrasse), Schönheitskonkurrenz, Herren- und Damenwettswimmen, Tanz im Freien, Belustigungen aller Art und sportliche Scherzkonkurrenzen. Zum Abschluss grosses Feuerwerk und bengalische Beleuchtung des Strandes. Nähere Auskünfte durch Anruf der Nummern 92-1-10 und 41-034.

Sitzungen im Rathaus. Der Gemeinderat hält auch in der kommenden Woche am Dienstag und Freitag um 5 Uhr nachmittags Sitzungen ab. Der Wiener Stadtsenat hält am Dienstag um 11 Uhr vormittag eine Geschäftssitzung ab.

Entfallende Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Am Montag entfällt die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Siegel.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Für den Monat Juli betragen die Gebühren für die Reinigung der Kanäle unverändert das Dreissigfache des Mietzinses, der für den Monat August 1914 bezahlt worden ist.

Amerika in Wien. Wie die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich mitteilt, haben eine Reihe amerikanischer Studenten, die auf Veranlassung des Austro-american Institute of Education nach Wien gekommen sind, an den Direktor dieses Institutes, Professor Dr. Paul L. Dengler, nachstehendes Schreiben gerichtet: Wir, die unterzeichneten Mitglieder des amerikanischen Seminars, die während unseres Aufenthaltes in Ihrer Stadt die Gastfreundschaft des Amerika-Institutes genossen haben, möchten Ihnen mit diesem Briefe unseren herzlichsten Dank aussprechen, für die vielen persönlichen Freundlichkeiten und zugleich unser tiefes Interesse und unsere Hochachtung ausdrücken, für die grossartigen Leistungen, die Wien auf den verschiedenen Gebieten der Stadtverwaltung, Erziehung und des Wohlfahrtswesens vollbringt. Wir bewundern diese mutige Politik, deren Weiterentwicklung wir mit grösstem Interesse und den höchsten Hoffnungen verfolgen werden. Nicht wenige unter uns stellen sich die Frage, ob Wien nicht die Welt auf dem Weg zum Besseren und Schöneren führt.

Lausbübereien in Kinderfreibädern. Gewissenlose Menschen haben gestern nachts in das Wasserbecken des erst seit einigen Tagen eröffneten städtischen Kinderfreibades am Vogelweidplatz auf der Schmelz grosse Mengen Glasscherben geschüttet. Vor kurzem leisteten sich Unbekannte den "Spass" in das Wasserbecken des Kinderfreibades am Margaretengürtel sieben Krebse zu geben. Die Polizeidirektion hat verfügt, dass eine schärfere Ueberwachung dieser für die Pflege der Gesundheit unserer Kinder so wichtigen Anlagen erfolgen wird.